

# Vereinfachungsvorschläge für die Förderung von Kleinprojekten / Mikroprojekten / Begegnungsprojekten / Bürgerprojekten

26.02.2018

## I. Einführung

### Warum dieses Dokument?

Das Wesen der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) liegt darin, Staaten, Regionen und Menschen (grenzüberschreitend) zu verbinden und dadurch die europäische Integration entscheidend voran zu bringen. Gerade Kleinprojekte / Mikroprojekte / Begegnungsprojekte / Bürgerprojekte (im Folgenden als „Kleinprojekte“ bezeichnet) bringen die Menschen vor Ort zusammen und sind für die Entwicklung der Grenzräume von enormer Bedeutung. Antragsteller sind in der Regel Akteure der Zivilgesellschaft (häufig auch ehrenamtlich Tätige). Kleinprojekte zeichnen sich insbesondere durch ein geringes finanzielles Projektvolumen und eine entsprechend geringe Fördersumme aus (z.B. zur Ausrichtung eines Bürgerfestes).

Die Tatsache, dass Kleinprojekte bereits seit mindestens dem Jahr 2002 im Rahmen von INTERREG bzw. ETZ-Programmen mit deutscher Beteiligung umgesetzt werden, ist Ausdruck des gemeinsamen Willens der Europäischen Kommission<sup>1</sup>, der Mitgliedstaaten, der Regionen<sup>2</sup> und der Bürgerinnen und Bürger in Europa, den europäischen Gedanken durch Projekte von geringem finanziellen Umfang, aber großer Wirkung für die Menschen konkret erlebbar werden zu lassen und so der steigenden Europa-Skepsis aktiv entgegen zu wirken. Diese gemeinsame Überzeugung und der große Erfolg der Förderung der Kleinprojekte in der Vergangenheit (insgesamt 478 aus EFRE-Mitteln geförderte Projekte seit 2002 im Rahmen der Programme Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (191) und Oberrhein (287)) sprechen für eine Unterstützung solcher Projekte auch in der Zukunft.

Gleichzeitig mehren sich angesichts der ständig ansteigenden administrativen Anforderungen die Stimmen derer, die daran zweifeln, dass die ETZ-Programme ein geeignetes Instrument sind, um Kleinprojekte zu fördern. Dies gilt sowohl für die regionalen Programmpartner wie auch die Begünstigten der Kleinprojekte. Um die erfolgreiche Fortführung von Kleinprojekten auch in Zukunft zu erlauben, besteht dringender Bedarf an Vereinfachungen, klaren Regelungen und einer direkten Verankerung von Kleinprojekten im Verordnungsrahmen.

In Zusammenhang mit den laufenden Vorarbeiten für den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen und den Verordnungsrahmen für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) nach 2020 bietet sich aktuell die Chance, die oben genannten Aspekte in einem möglichst frühen Stadium zu berücksichtigen. Aus unserer Sicht muss dies direkt in den Verordnungstexten erfolgen, um für die unter Ziffer II. aufgeführten Punkte möglichst klare Regelungen zu schaffen und damit auch Ansätzen des „gold plating“ in diesem Bereich so weit als möglich vorzubeugen. Zu diesem Zweck wurden im Rahmen einer Arbeitsgruppe bestehend aus Praktikern, die mit der Beratung und Betreuung von Kleinprojekten betraut sind, Legislativvorschläge erarbeitet, die den spezifischen Anforderungen und Gegebenheiten der Förderung von Kleinprojekten Rechnung tragen.

Unter Punkt II. sind die Aspekte, die einer Klärung bedürfen, aufgeführt. Dort werden sowohl die festgestellten Probleme wie auch Möglichkeiten zur Abhilfe benannt, die entweder direkt im

<sup>1</sup> Europäische Kommission Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Schreiben an die Verwaltungsbehörden: „Small project Fund implementation in 2014-2020 European Territorial Co-operation Programmes, Ares(216)1678137, 8. April 2016

<sup>2</sup> Europäischer Ausschuss der Regionen, Stellungnahme: „Bürger- und Kleinprojekte in Programmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit“, COTER – VI/023 OPINION, 12. Juli 2017

Verordnungsrahmen oder nachgelagerten Rechtstexten Niederschlag finden müssen. Punkt III. enthält einen konkreten Formulierungsvorschlag für einen spezifischen Artikel zu Kleinprojekten entweder in der ETZ-Verordnung oder in der Allgemeinen Verordnung.

Angesichts der zahlreichen Querverweise der Verordnungen, delegierten Verordnungen und Durchführungsverordnungen sowie der nachgelagerten Dokumente mit Bestimmungen zur Umsetzung der ESIF-Programme und der Tatsache, dass die Entwürfe für den Verordnungsrahmen für eine Förderperiode nach 2020 noch nicht bekannt sind, sind die Vorschläge unter Ziffer III. dabei nicht abschließend.

Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Vertreter der folgenden Einrichtungen:

- INTERREG A Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (Deutschland-Österreich-Schweiz-Liechtenstein)
- INTERREG A Oberrhein (Frankreich-Deutschland-Schweiz)
- Staatsministerium Baden-Württemberg
- Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz
- Regierungspräsidium Freiburg
- Conseil départemental du Haut-Rhin
- Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
- Internationale Bodensee-Konferenz
- Hochrheinkommission
- Eurodistrict PAMINA
- INTERREG Netzwerkstelle Ostschweiz

## II. Aktuelle Situation und Änderungsbedarf

### Definition von Kleinprojekten und ihre Einbindung in ESI-Fonds

Kleinprojekte sind Projekte, die in den Grenzregionen vertrauensvolle, grenzüberschreitende Beziehungen auf lokaler und regionaler Ebene stärken und die Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen verbessern. Sie sind durch ein geringes Volumen förderfähiger Projektausgaben von nicht mehr als 100 000 EUR<sup>3</sup> und eine geringe Fördersumme aus EFRE-Mitteln charakterisiert.

Grundsätzlich ist es möglich, Kleinprojekte bzw. Kleinprojektefonds in allen Prioritätsachsen eines ETZ-Programms als besonderen Projekttyp vorzusehen, mit dem Ziel, einen niederschweligen Zugang zur Förderung zu ermöglichen. Besonders bedeutsam ist dies aber im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Akteuren der Zivilgesellschaft, die häufig nur über begrenzte administrative und finanzielle Ressourcen verfügen.

Zu einem Zeitpunkt, an dem der europäischen Kohäsion – und insbesondere der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger – eine ganz besondere Bedeutung zukommt, ermöglicht diese weitgefassete Definition die Verankerung von Kleinprojekten in einer Strategie der Europäischen Union für die Zeit nach 2020.

Für den Fall, dass der für die Förderperiode 2014-2020 eingeführte Ansatz der thematischen Konzentration der ESI-Fonds beibehalten oder gar vertieft wird, schlagen wir vor, zur Berücksichtigung von Kleinprojekten innerhalb dieses Ansatzes eine spezifische Interventionskategorie vorzusehen (etwa „Entwicklung und Förderung von Begegnungen und Kooperationen zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft in einer Grenzregion“).

### Umsetzung von Kleinprojekten in den Kooperationsprogrammen

Die Förderung von Kleinprojekten erfolgt nach den Vorgaben des derzeitigen Verordnungsrahmens im Wesentlichen auf zwei Arten:

- die Förderung über sog. Kleinprojektefonds (oder Dach- oder Rahmenprojekte bzw. „umbrella projects“), mittels derer die Förderung der Kleinprojekte und der damit verbundenen Verwaltungskosten außerhalb der Technischen Hilfe erfolgt oder
- die direkte Förderung der Kleinprojekte im Rahmen des jeweiligen Programms ohne Rückgriff auf einen Kleinprojektefonds.

Beiden Ansätzen werden die Bestimmungen des Verordnungsrahmens nicht ausreichend gerecht, weil diese nicht eindeutig genug und / oder zu restriktiv sind. Dies führt in der Praxis häufig dazu, dass Programme komplexe Förderverfahren einrichten, um die Abwicklung von Kleinprojekten möglichst rechtssicher zu gestalten. Dies geht zu Lasten der angestrebten Vereinfachung und damit zu Lasten der Begünstigten der Kleinprojekte, insbesondere auch bei der Abwicklung von Kleinprojekten über einen Kleinprojektefonds.

Es wird vorgeschlagen, im künftigen Verordnungsrahmen sowohl

- dezidierte Bestimmungen zu Kleinprojektefonds wie auch
- dezidierte Bestimmungen für eine vereinfachte direkte Förderung von Kleinprojekten

vorzusehen. Dies ließe den größtmöglichen Spielraum für verschiedene Formen zur Förderung von Kleinprojekten.

---

<sup>3</sup> Europäische Kommission Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, internes Dokument: „The specific investment priorities for European Territorial Cooperation (ETC) under Thematic Objective 11 institutional Capacity Building“

Zur Schaffung einer verlässlichen Grundlage für alle an der Umsetzung von Kleinprojekten Beteiligten sollte diese Verankerung

- in Form eines eigenständigen Artikels in der ETZ-Verordnung bzw. in der allgemeinen Verordnung vorgenommen werden sowie
- ggf. an anderer notwendiger Stelle Eingang in die Verordnungen, ihre Anhänge bzw. in nachgelagerte Rechtstexte finden, insoweit sich daraus eine Wirkung auf die Auswahl und Umsetzung von Kleinprojekten ergibt.

### Auswahl von Kleinprojekten

Die Auswahl von Kleinprojekten kann durch den Begleitausschuss an einen oder mehrere in seiner Verantwortung handelnden Lenkungsausschuss / Lenkungsausschüsse delegiert werden (Verordnung (EU) Nr. 1299/2013, Artikel 12). So ist es z.B. möglich, kurze Antrags- und Bewilligungsverfahren durchzuführen oder teilregionale Gremien einzurichten, die engagierten Projektträgern kürzere Wege ermöglichen. Gleichzeitig enthält der Ordnungsrahmen keine klaren Vorgaben hinsichtlich der Zusammensetzung dieses Gremiums. Entsprechende klärende Regelungen, in Ergänzung zu denen, die die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 240/2014 in Bezug auf den Begleitausschuss selbst enthält, und die gleichzeitig den Besonderheiten insbesondere der Kleinprojektefonds Rechnung tragen, sind wünschenswert, um das transparente Handeln der Programminstanzen und die Vermeidung von Interessenkonflikten bei Wahrung des Grundsatzes der Proportionalität sicherzustellen. In Anbetracht der geringen Mittelsumme, die im Rahmen von Kleinprojekten vergeben werden, sollte ein schlankes Gremium möglich sein. In allen Fällen sollte die Verwaltungsbehörde geborenes Mitglied dieser dem Begleitausschuss nachgelagerten Gremien sein.

### Innovationsgehalt

Der innovative Charakter eines Projekts als Kriterium für die Auswahl von Vorhaben ist keine direkte Vorgabe des Ordnungsrahmens, ergibt sich aber indirekt aus dem Prinzip der Zusätzlichkeit und den Anforderungen einzelner vorgegebener Indikatoren. Darüber hinaus resultiert die Notwendigkeit der Betrachtung dieses Aspektes aus allgemeinen Grundsätzen der Verwendung öffentlicher Mittel sowie den Anforderungen an die Dauerhaftigkeit von Vorhaben. Angesichts der Schwierigkeit, diese Aspekte bei der Bewertung von Kleinprojekten, etwa einem Bürgerfest oder einem Sportturnier, tatsächlich angemessen zu bewerten, sollten sie zukünftig nur noch eine nachgeordnete Bedeutung bei der Bemessung der Förderwürdigkeit eines Kleinprojekts haben bzw. so weit als möglich ausgelegt werden können.

### Zuschussarten und Förderfähigkeit von Ausgaben

Die verschiedenen in Artikel 67 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 vorgesehenen vereinfachten Kostenarten werden für Kleinprojekte in nicht ausreichendem Maße genutzt, in erster Linie wegen der Unsicherheiten hinsichtlich der bestehenden Nachweispflichten für die Auszahlung der Fördermittel sowie insbesondere wegen der Frage einer Abstufung des Förderbetrags bei der nur teilweisen Umsetzung eines Kleinprojekts. Eine Klarstellung hierzu würde den verstärkten Rückgriff auf Pauschalfinanzierungen oder Pauschalsätze ermöglichen und so den Verwaltungsaufwand bei den Begünstigten der Kleinprojekte drastisch reduzieren und gleichzeitig Rechtssicherheit in ausreichendem Maße schaffen.

Bei der Abwicklung der Kleinprojekte über einen Kleinprojektefonds ist unklar, ob sich der Begriff des „Vorhabens“ auf den Kleinprojektefonds („umbrella project“) reduzieren lässt oder auf das einzelne Kleinprojekt anzuwenden ist. Eine Klarstellung würde auch in diesem Fall für ausreichende Rechtssicherheit sorgen.

## Elektronisches Datenaustauschsystem

Bei der direkten Förderung von Kleinprojekten ist die Erfassung von Daten zu jedem einzelnen Vorhaben im elektronischen Datenaustauschsystem für die Programmumsetzung eine Vorgabe, die sich aus Artikel 125 Absatz 2 Buchstabe d) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 ergibt. In der Praxis ist die Erfassung sämtlicher im Anhang III der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 480/2014 vorgesehenen Angaben für Kleinprojekte eine unverhältnismäßige Last. Auch bei der Umsetzung über einen Kleinprojektfonds ist die Ebene der erforderlichen Datenerfassung im elektronischen Datenaustauschsystem nicht klar geregelt. Es ist daher unerlässlich, diese Anforderungen entsprechend anzupassen und die Aggregation der Daten auf einer möglichst hohen Ebene zu erlauben, d.h. sie idealerweise auf die Erfassung eines einzigen Betrags an förderfähigen Ausgaben je Begünstigtem und Auszahlungsantrag zu begrenzen.

Eine Möglichkeit dazu böte ein entsprechender Hinweis auf den spezifischen Fall der Kleinprojekte in der Liste der Datenfelder im Anhang zur genannten Delegierten Verordnung, ähnlich wie dies derzeit bereits mittels der „Angabe der Fonds, für die keine Daten erforderlich sind“ geregelt ist.

## Indikatoren

Kleinprojekte sind Vorhaben mit einem klaren und unbestreitbaren Mehrwert für die beteiligten bzw. betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Diesen Mehrwert quantitativ zu erfassen ist jedoch schwierig – erst recht, wenn wie bisher versucht wird, eine Verbindung zu den Programmzielen herzustellen. Kleinprojekte sind deshalb von der Verpflichtung des zwingenden Nachweises quantitativer Ergebnisse auszunehmen bzw. sollten die Ergebnisse von den Output-Indikatoren der Programme entkoppelt werden. Eine qualitative und quantitative Bewertung der Wirkungen der Kleinprojekte könnte dann auf Programmebene vorgenommen werden, wobei den sehr spezifischen Gegebenheiten jedes Kleinprojekts Rechnung getragen werden kann.

## Vorhabenprüfung

Gemäß Artikel 127 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 ist das ordnungsgemäße Funktionieren der Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Programme anhand der stichprobenhaften Kontrolle von Vorhaben zu überprüfen. Die Ermittlung der Stichprobe erfolgt innerhalb des Rahmens, den die Verordnung (EU) Nr. 480/2014 vorgibt.

Artikel 148 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 schränkt zwar die Zahl möglicher Prüfungen dieser Art sowie von Prüfungen durch die Europäische Kommission für Vorhaben mit einem EFRE-Förderbetrag von bis zu 200 000 EUR auf eine einzige Prüfung ein. Dennoch werden Kleinprojekte auch in diesem Fall in der Summe potenziell zwei Prüfungen unterzogen, und zwar neben der Verwaltungsprüfung in Verantwortung der Verwaltungsbehörde einer möglichen Vorhabenprüfung oder Prüfung durch die Europäische Kommission.

Angesichts der nur geringen Fördervolumina und der vollumfänglichen und in keinem Teil stichprobenartigen Verwaltungsprüfung erscheint eine mögliche doppelte Prüfung der Kleinprojekte nicht angemessen und stellt für potenzielle Begünstigte ein konkretes Hemmnis für eine mögliche Beteiligung an einem Kleinprojekt dar.

Hinzu kommt, dass im Falle einer Förderung in Form von einem oder mehreren Kleinprojektfonds (oder „umbrella projects“) und bei Programmen, für die eine nicht-statistische Stichprobenmethode zur Anwendung kommt, die Zahl der vorzunehmenden Vorhabenprüfungen um ein Vielfaches ansteigt, wenn sämtliche Kleinprojekte eines Fonds zu prüfen sind. Wird dagegen auf eine Stichprobe innerhalb des zu prüfenden Kleinprojektfonds zurückgegriffen, wird die Extrapolation von festgestellten Unregelmäßigkeiten auf sämtliche Kleinprojekte des Fonds notwendig.

## Publizitätsvorschriften / Kommunikationspflichten

Manche der detaillierten Publizitätsvorschriften (Verordnung (EU) Nr. 1303/2013, Anhang XII 2.2. „Aufgaben der Begünstigten“) stehen in unangemessenem Verhältnis zur Höhe der Förderung von Kleinprojekten; teilweise sind sie für die Begünstigten von Kleinprojekten aufgrund der Ausrichtung des Projekts nicht umsetzbar. Andererseits verursacht die Überprüfung der Einhaltung der Vorschriften bei der Programmverwaltung einen unverhältnismäßig hohen Kontrollaufwand. Reduzierte Vorgaben (bspw. einfacher Hinweis auf EU-Förderung) können Projektträger und Programmverwaltung entlasten.

## Ausschluss missbräuchlicher Anwendung

Die unter Ziffer III. vorgeschlagenen Regelungen gelten nur für Kleinprojekte. Eine Aufteilung größerer Projekte in mehrere Kleinprojekte oder Maßnahmen, die die Voraussetzungen für Kleinprojekte erfüllen, ist unzulässig. Auch sollen die Regelungen keine Anwendung auf Maßnahmen finden, die mit anderen EU-geförderten Vorhaben inhaltlich, strukturell oder finanziell in Zusammenhang stehen (z.B. Teilprojekte, Einzelmaßnahmen eines größeren EU-geförderten Projekts), außer wenn es sich klar um vorbereitende Maßnahmen oder eine pilothafte Umsetzung eines größeren Vorhabens handelt. Im Rahmen des Verwaltungs- und Kontrollsystems ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass ein solches Vorgehen oder auch der entsprechende Versuch, diese Maßgabe zu umgehen, aufgedeckt werden.

Um zu gewährleisten, dass Risiken für eine ordnungsgemäße Umsetzung von Operationellen Programmen, die die Förderung von Kleinprojekten vorsehen, in einem akzeptablen Rahmen bleiben, kann der Teil der einem Operationellen Programm zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel, der für die Förderung von Kleinprojekten aufgewendet wird, begrenzt werden.

### **III. Regelungsvorschlag**

Neuer Artikel in der ETZ-Verordnung (oder in der AllgVO)

Art. [xxx] Kleinprojekte

(1) [Definitionen, Finanzierung des Verwaltungskostenanteils bei Kleinprojektefonds]

Bei in sich abgeschlossenen Projekten im Rahmen der Interventionskategorie [xxx] mit förderfähigen Gesamtkosten von bis zu 100 000 EUR handelt es sich um Kleinprojekte. Für Kleinprojekte gelten die in den Absätzen 2 bis 9 festgelegten besonderen Bedingungen.

Kleinprojekte können als einzelne Vorhaben oder im Rahmen eines Kleinprojektefonds umgesetzt werden. Im letztgenannten Fall ist der Kleinprojektefonds ein Vorhaben im Sinne des Artikels [xxx] der Verordnung [xxx].

Im Falle der Umsetzung der Kleinprojekte im Rahmen eines Kleinprojektefonds können die Verwaltungskosten für den Fonds, darunter insbesondere Kosten in Verbindung mit der Hilfe bei der Entwicklung, mit der Auswahl, der Begleitung und dem Abschluss von Kleinprojekten aus Fördermitteln, die dem Vorhaben zuerkannt sind, kofinanziert werden. In diesem Fall sind mindestens [xx]% der dem Vorhaben zuerkannten Fördermittel für die Unterstützung der Kleinprojekte aufzuwenden.

(2) [Auswahl von Kleinprojekten]

Der Begleitausschuss kann für die Auswahl von Kleinprojekten einen unter seiner Verantwortung handelnden Lenkungsausschuss einsetzen. Der Lenkungsausschuss ist dem Begleitausschuss gegenüber berichtspflichtig. Die Bestimmungen [der Artikel 110 Absatz 2 Buchstabe a) und 125 Absatz 3 Buchstabe a) Ziffern ii) und iii) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013] gelten auch für die Auswahl der Kleinprojekte. Der Lenkungsausschuss berichtet dem Begleitausschuss regelmäßig über die eingereichten Anträge und die zur Förderung ausgewählten Kleinprojekte.

Sofern es das Programmgebiet erfordert, oder falls die Umsetzung der Kleinprojekte im Rahmen von mehreren Kleinprojektefonds erfolgt, kann der Begleitausschuss auch mehrere Lenkungsausschüsse einsetzen. In diesem Fall hat er sicherzustellen, dass die jeweilige Zuständigkeit der Lenkungsausschüsse für die Auswahl der Kleinprojekte in Abhängigkeit von geographischen, thematischen oder sonstigen Kriterien eindeutig geregelt ist. Die Verwaltungsbehörde ist von Rechts wegen Mitglied der eingesetzten Lenkungsausschüsse.

(3) [Zuschussarten]

Die Zuschüsse für Kleinprojekte können auf verschiedene Arten gemäß [Artikel 67 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013] gewährt werden.

Sofern der Zuschuss für Kleinprojekte auf der Grundlage der Pauschalfinanzierung in Höhe von höchstens 100 000 EUR gewährt wird, erfolgt die Auszahlung des Zuschusses auf Grundlage des Nachweises der tatsächlichen Umsetzung des Kleinprojekts. Die Auszahlung eines Zuschusses auf Grundlage einer Pauschalfinanzierung erfolgt nach Abschluss des Kleinprojekts und in Abhängigkeit vom Grad der Umsetzung. Wurde das Kleinprojekt nicht vollständig umgesetzt, bestimmt sich der Betrag der Pauschalfinanzierung im Verhältnis zur festgestellten tatsächlichen Projektumsetzung. Die Feststellung des Grads der tatsächlichen Projektumsetzung erfolgt anhand einer fairen, ausgewogenen und überprüfaren Berechnungsmethode.

(4) [Förderfähigkeit der Ausgaben]

Die Ausgabenkategorien, die für Kleinprojekte infrage kommen, sind dieselben wie für alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen territorialen Zusammenarbeit.

#### [Personalkosten]

Abweichend von [Artikel 19 der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013] können die Personalkosten eines Kleinprojekts in Form eines Pauschalbetrags von bis zu 30 % der direkten Kosten dieses Kleinprojekts (ohne Personalkosten) berechnet werden. Dies gilt abweichend von [Artikel 67 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013] auch in Fällen, in denen das Kleinprojekt ausschließlich über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen für Arbeitsleistungen und die Bereitstellung von Waren- oder Dienstleistungen durchgeführt wird.

#### [Büro- und Verwaltungskosten]

Die Büro- und Verwaltungskosten eines Kleinprojekts können in Form eines Pauschalbetrags von bis zu 15 % der direkten förderfähigen Personalkosten dieses Kleinprojekts berechnet werden. Dies gilt abweichend von [Artikel 67 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013] auch in den Fällen, in denen das Kleinprojekt ausschließlich über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen für Arbeitsleistungen und die Bereitstellung von Waren- oder Dienstleistungen durchgeführt wird. Der Mitgliedstaat muss keine Berechnung des anzuwendenden Satzes anstellen.

#### (5) [Erwirtschaftete Nettoeinnahmen]

Im Falle einer Förderung von Kleinprojekten im Rahmen eines Kleinprojektfonds finden die Bestimmungen des [Artikels 65 Absatz 8 Buchstabe i) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013], wonach es nicht notwendig ist, die förderfähigen Ausgaben eines Vorhabens spätestens in dem vom Begünstigten eingereichten Abschlussauszahlungsantrag um die während seiner Durchführung direkt erwirtschafteten Nettoeinnahmen zu verringern, die zum Zeitpunkt der Genehmigung des Vorhabens nicht berücksichtigt wurden, Anwendung auf jedes einzelne Kleinprojekt.

#### (6) [Berichtspflicht / Indikatoren]

Zur Erfüllung der Anforderungen von [Artikel 125 Absatz 3 Buchstabe a) Ziffer i) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013] ist es nicht notwendig, dass die Kleinprojekte bei der Auswahl oder nach der Bewilligung darlegen, wie sie in quantitativer Weise zum Erreichen der spezifischen Ziele und Ergebnisse der entsprechenden Prioritäten beitragen. Dessen ungeachtet trifft die Verwaltungsbehörde Vorkehrungen, um dem Begleitausschuss die Prüfung der Durchführung der Kleinprojekte bzw. der Umsetzung der Kleinprojektfonds zu ermöglichen.

#### (7) [Vorhabenprüfung]

In Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit sind Kleinprojekte von der Grundgesamtheit zur Ermittlung der Stichprobe der in Verantwortung der Prüfbehörde durchzuführenden Prüfungen im Sinne von [Artikel 127 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013] ausgenommen, wenn die Verwaltungsprüfungen vollumfänglich und in keinem Teil stichprobenartig erfolgen. Dies gilt nicht für den Teil von Kleinprojektfonds, der der Unterstützung der Verwaltungskosten des Fonds dient.

#### (8) [Publizitätsvorschriften / Kommunikationspflichten]



Bei allen Informations- und Kommunikationsmaßnahmen des Begünstigten erfolgt der Verweis auf die Unterstützung des Kleinprojekts aus den Fonds durch die Verwendung des Unionslogos unter Berücksichtigung der technischen Charakteristika, die in dem von der Kommission nach [Artikel 115 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 angenommenen Durchführungsrechtsakt] festgelegt sind, und einen entsprechenden Hinweis auf die Union.

(9) [Ausschluss missbräuchlicher Anwendung]

Projekte, die mit einem Betrag von bis zu 100 000 EUR unterstützt werden, jedoch inhaltlich, strukturell oder finanziell mit anderen EU-geförderten Maßnahmen in Zusammenhang stehen (Teilprojekt), sind keine Kleinprojekte im Sinne des Absatzes 1, sofern es sich dabei nicht klar um vorbereitende Maßnahmen oder eine pilothafte Umsetzung eines größeren Vorhabens handelt. Die Regelungen der Absätze [2] bis [8] finden für solche Vorhaben und Projekte keine Anwendung.

Quellen:

Verordnungen:

- Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels "Europäische territoriale Zusammenarbeit" aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 1299/2013
- Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates
- Delegierte Verordnung (EU) Nr. 240/2014 der Kommission vom 7. Januar 2014 zum Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaften im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds
- Delegierte Verordnung (EU) Nr. 480/2014 der Kommission vom 3. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds

Europäischer Ausschuss der Regionen:

- Europäischer Ausschuss der Regionen, Stellungnahme: „Bürger- und Kleinprojekte in Programmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit“, COTER – VI/023 OPINION, 12. Juli 2017

Europäische Kommission:

- Europäische Kommission Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Schreiben an die Verwaltungsbehörden: „Small project Fund implementation in 2014-2020 European Territorial Co-operation Programmes, Ares(216)1678137, 8. April 2016
- Europäische Kommission Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, internes Dokument: „The specific investment priorities for European Territorial Cooperation (ETC) under Thematic Objective 11 institutional Capacity Building“

Mission opérationnelle transfrontalière:

- Mission opérationnelle transfrontalière, « Les territoires transfrontaliers : La fabrique de l'Europe », novembre 2017, Paris

# **Simplification proposals for funding of small-scale projects / micro-projects / people to people (P2P) projects**

Feb. 26, 2018

## **I. Introduction**

### Why this document?

The core objective of European Territorial Cooperation (ETC) is to link states, regions and people across the EU's internal borders and its neighbouring countries and to contribute thereby recognizably to the process of European Integration. Small-scale projects/micro projects/ people to people (P2P) projects (hereinafter referred to as "small-scale projects") in particular bring together citizens at local level and are therefore of enormous significance for the development of border areas. Applicants are usually civil society actors (often they are volunteers). Small-scale projects are characterized by a rather low financial project volume and a correspondingly rather small amount of funding.

Small-scale projects have been continuously implemented in the framework of INTERREG- / programmes with German participation since at least the year 2002. This is a clear expression of the common will of the European Commission<sup>1</sup>, Member States, regions<sup>2</sup> and citizens in Europe to break down the European idea and to make it tangible through projects of small financial volume, but with a great effect for people living in border regions; thus, actively counteracting the increasing skepticism about the European idea. This common conviction and the great success of the promotion of small-scale projects in the past (a total of 478 projects funded from ERDF funds since 2002 under the ETC-programmes Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (191) and Oberrhein (287)) encourage supporting such projects also in the future.

At the same time, in the face of ever-increasing administrative demands, the voices of those who doubt that ETC programmes are an appropriate tool to promote small-scale projects are increasing. This applies to both the regional programme partners and the beneficiaries of small-scale projects. In order to allow the successful continuation of small-scale projects in the future, there is an urgent need for simplifications, clear regulations and the direct anchoring of small-scale projects in the framework of the regulation.

In the context of the ongoing preparatory work for the future multiannual financial framework and the regulation framework for the European Structural and Investment Funds (ESIFs) after 2020, the opportunity is currently available to take account of the above-mentioned aspects at the earliest possible stage. From our point of view, this must be done directly in the texts of the regulation, in order to create as clear a framework as possible for the points listed under point II. and thus also to prevent "gold plating" approaches in this area as far as possible. To this end, a working group of practitioners who are entrusted with advising and supervising small-scale projects, draw up legislative proposals that take into account the specific requirements and circumstances of the promotion of small-scale projects.

The aspects requiring clarification are listed in part II. This identifies both the identified problems and possible remedies, which must be reflected either directly in the framework of the regulation or in subsequent legislative texts. Part III contains a concrete proposal for

---

<sup>1</sup> European Commission Directorate-General Regional and Urban Policy, Letter to the Managing Authorities: "Small project Fund implementation in 2014-2020 European Territorial Co-operation Programmes, Ares (216)1678137,8 April 2016

<sup>2</sup> European Committee of the Regions, Opinion: "Citizens' and small-scale projects in cross-border cooperation programmes", COTER - VI/023 OPINION, 12 July 2017

wording for a specific article on small-scale projects, either in the ETC Regulation or in the CPR Legislative Proposal.

In view of the numerous cross-references of the regulations, delegated and implementing acts, as well as the subsequent ESIF guidance and the fact that the draft regulatory framework for the post2020 period is currently only being drafted and not shared with the public yet, the proposals mentioned in part III are not meant to be conclusive.

Members of the working group are representatives of:

- Interreg A Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (Germany-Austria-Switzerland-Liechtenstein)
- Interreg A Upper Rhine (France-Germany-Switzerland)
- State Ministry of Baden-Württemberg
- Ministry of Economic Affairs and Transport, Agriculture and Viticulture of Rhineland-Palatinate
- Regierungspräsidium Freiburg
- Conseil départemental du Haut-Rhin
- Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
- Internationale Bodensee-Konferenz
- Hoahrheinkommission
- Eurodistrict PAMINA
- INTERREG Netzwerkstelle Ostschweiz

## **II. Current problems and the need for reform**

### **Definition of small-scale projects and integration in ESI Funds**

Small-scale projects are projects which reinforce cross-border relationships based on mutual trust at local and regional level in border regions and to improve cooperation in all areas of life. They are characterized by a rather small volume of eligible project expenditure of not more than EUR 100.000<sup>3</sup> and a rather small ERDF contribution.

In principle, it is possible to implement small-scale projects or small-scale project funds in all priority axes of an ETC OP as a specific project type, with the aim of enabling low-threshold access to funding. This, however, is particularly important in the area of cooperation between civil society actors, who often have only limited administrative and financial resources.

At a time when European cohesion, and in particular the involvement of citizens, is of a very high significance; a broad definition would allow to anchor small-scale projects in a EU Strategy for the post2020 period.

In case that the approach of thematic concentration of the ESI funds, introduced in the 2014-2020 period, will be maintained or even extended, we suggest establishing a specific intervention category for small-scale projects embedded in this approach (e.g. "development and promotion of encounters and cooperation between representatives of civil society in a border region").

### **Implementation of small-scale projects in the operational programmes**

In accordance with the current regulatory framework, funding of small-scale projects is mainly implemented in two ways:

- by means of so called Small Project Funds (implemented in the framework by so called "umbrella projects") where the funding of small-scale projects and the associated administrative costs are implemented / financed outside Technical Assistance or
- direct funding of small-scale projects under the respective operational programme.

The current provisions of the regulatory framework in place do not take these approaches sufficiently into account because they are either too vague or too restrictive. In practice, this often leads to a setup of complex funding procedures in order to ensure that small-scale projects fulfill the legal obligations in the best of ways. This is at the expense of the simplification sought and thus at the expense of beneficiaries of small-scale projects, especially for those who are beneficiaries of projects implemented in the framework of a Small Project Fund ("umbrella projects").

We therefore suggest to integrate in the next regulatory framework both:

- explicit provisions for Small Project Funds and
- explicit provisions for a simplified direct funding mechanism for small-scale projects

This would allow for the widest possible scope for various forms of future funding of small-scale projects.

---

<sup>3</sup> European Commission Directorate-General Regional and Urban Policy, internal document: „The specific investment priorities for European Territorial Cooperation (ETC) under Thematic Objective 11 institutional Capacity Building“

To establish a reliable basis for all those who are involved in the implementation of small-scale projects on a daily basis this should be integrated

- in the new regulatory framework (ETC Regulation or in the new General Regulation) in the form of a separate article and
- where appropriate, be included in the regulations, their annexes or in subsequent legal texts, insofar as they have an effect on the selection and implementation of small-scale projects.

### Selection of small-scale projects

The selection of small-scale projects may be delegated by the Monitoring Committee to one or more steering committee(s) acting under its responsibility (Regulation (EU) No 1299/2013, article 12). This allows to carry out short application and approval procedures or to set up sub-regional bodies, which enable committed project promoters to make shorter journeys. At the same time, the regulation does not contain any clear guidelines as to the composition of this body. Appropriate clarifications, in addition to those contained in the delegated Regulation (EU) No 240/2014 regarding the Monitoring Committee itself, and which, at the same time, take into account the particularities of small-scale projects, are desirable to ensure the transparent action of the programme bodies and the avoidance of conflicts of interest, while respecting the principle of proportionality. In view of the small amount of funding allocated for small-scale projects, it should be possible to create a lean body. In all cases, the managing authority should mandatorily be represented the sub-committees of the Monitoring Committee.

### Content (Degree) of Innovation

The innovative character of a project as a criterion for the selection of projects is not a direct requirement of the regulatory framework but is indirectly based on the principle of additionality and on the provisions for individually predetermined indicators. In addition, the need to consider this aspect stems from general principles of the use of public funds and the requirements for the durability of projects. In view of the difficulty in actually assessing these aspects in the selection, assessment and audit of small-scale projects, they should only have a subordinate importance in measuring the eligibility of a small-scale project or, where appropriate, be subject to the broadest possible interpretation.

### Types of grants and eligibility of expenditure

The various simplified cost options of article 67 of Regulation (EC) No 1303/2013 are not sufficiently applied for small-scale projects, primarily because of uncertainties regarding the existing evidence requirements for reimbursement of funding and, in particular, the question of a gradation of the amount of funding for the partial implementation of a small project. Clarification of this would facilitate an increased use of flat-rate or lump-sum options, reducing at the same time the administrative burden for the beneficiaries of small-scale projects to a large extent, also creating sufficient legal certainty.

Where small-scale projects are financed by a Small Project Fund, it is unclear if the term "operation" could be reduced to the Small Project Fund ("umbrella project") or should rather be used for a single small-scale project. Clarification would also provide sufficient legal certainty in this case.

### Electronic Monitoring System (eMS)

In the case of direct funding of small-scale projects, the collection of data relating to each project in the electronic Monitoring System (eMS) for the implementation of the programme is a requirement resulting from article 125 (2) (d) of regulation (EU) No 1303/2013. In practice, collecting the identification of all the information for small-scale projects provided for in annex III to Regulation (EU) No 480/2014 is a disproportionate burden. Also, in case of implementation through a Small Project Fund, the level of data collection required in the eMS is not clearly regulated. It is therefore crucial to adapt these requirements accordingly and to allow the aggregation of data at the highest possible level, i.e. ideally to restrict it to the collection of a single amount of eligible expenditure per beneficiary and per payment request.

One way of doing this would be to refer to the specific case of small-scale projects in the list of data fields annexed to the abovementioned delegated regulation, similar to what is already regulated by the "indication of the funds for which no data is required".

### Indicators

Small-scale projects are projects with a clear and undeniable added value for citizens and for the border areas in which they are implemented. However, it is difficult to measure this added value in a quantitative manner – even more so by trying to put them in a relation to the programme objectives. Small-scale projects should therefore be exempted from the obligation to provide mandatory evidence of quantitative results or their results should be decoupled from the output indicators of the programmes. A qualitative and quantitative evaluation of the effects of small projects could then be carried out at programme level, taking into account the very specific circumstances of each small project.

### Project Appraisal

In accordance with article 127 (1) of Regulation (EU) No 1303/2013, the proper functioning of the management and control systems of programmes must be verified on the basis of the sample audit of projects. The sample shall be determined within the framework laid down by regulation (EU) no 480/2014.

Although article 148 of Regulation (EU) No 1303/2013 restricts the number of possible tests of this type and of the European Commission's audits for projects with an ERDF contribution of up to EUR 200.000 to one single audit. Nevertheless, in this case small-scale projects are potentially subject to two audits, in addition to the administrative audit under the responsibility of the managing authority of a possible project review or audit by the European Commission.

Given the low amount of funding, the full comprehensive and no partial random administrative review, a possible double audit of small-scale projects does not seem to be appropriate and leads to concrete obstacles for potential participation of possible beneficiaries in small-scale projects.

Moreover, in the case of funding as one or more Small Project Funds (or "umbrella projects") and for programmes for which a non-statistical sampling method is applied, the number of audits would increase significantly if all small-scale projects of a fund were to be examined. If, on the other hand, a sample is used within the Small Projects Fund to be tested, extrapolation of irregularities detected is necessary for all small-scale projects of the respective fund.

### Disclosure Requirements / Communication obligations

Some of the detailed publicity requirements (Regulation (EU) No 1303/2013, annex XII 2.2. "Tasks of the beneficiaries"), are disproportionate to the level of support for small-scale projects. On one hand, it is very difficult or impossible for small-project beneficiaries to implement these provisions due to the nature of the respective project. On the other hand, the verification of compliance with the programme rules can cause a disproportionate audit workload. Less or simplified requirements (e.g. simple reference to EU funding) could unburden beneficiaries as well as programme management.

### Exclusion of abusive use

The rules proposed under part III only apply to small-scale projects. Splitting larger projects into several small-scale projects or measures that meet the requirements for small-scale projects is not permitted. Nor should the rules be applied to measures that are related to other EU-funded projects in terms of content, structure or financing (e.g. sub-projects, individual actions of a larger EU-funded project), unless these are distinctly preparatory measures or a pilot implementation of a major project. Within the framework of the management and control system, appropriate measures should be put in place to ensure that such an approach or the appropriate attempt to circumvent that requirement would be discovered immediately.

To ensure that risks for the correct implementation of Operational Programmes, which set out rules for the funding of small-scale projects, remain within an acceptable framework, the proportion of the total ERDF contribution of an Operational Programme allocated to funding small-scale projects may be limited.



### **III. Legislative Proposal**

New article to be included in the ETC Regulation (or in the CPR Legislative Proposal)

Art. [xxx] Small-scale projects

(1) [Definitions, financing of administrative costs of Small Project Funds]

For the purposes of this Article, small-scale projects shall be self-contained projects implemented in the framework of the category of intervention [xxx] with a maximum amount of EUR 100,000 as total eligible costs. For small-scale projects the specific rules set out under paragraphs 2 to 9 shall apply.

Small-scale projects may be implemented as single operations or in the framework of a Small Project Fund. In the latter case, a Small Project Fund is an operation within the meaning of article [xxx] of regulation [xxx].

Where small-scale projects are implemented within the framework of a Small Project Fund, the administrative costs of the fund may be co-financed, including in particular costs related to the development, selection, monitoring and completion of small-scale projects from grants awarded to the project. In this case, a minimum of [xx]% of the funds allocated to the project shall be used for funding small-scale projects.

(2) [Selection of small-scale projects]

The Monitoring Committee may set up a Steering Committee that acts under its responsibility for the selection of small-scale projects. The Steering Committee has a reporting obligation towards the Monitoring Committee. The provisions of article 110 2 a) and 125 Paragraph 3 Letter a) ii) und iii) of Regulation (EU) No. 1303/2013 shall also apply for the selection of small-scale projects. The steering committee reports regularly to the Monitoring Committee on the proposals submitted and the small-scale projects selected for funding.

If the program area so requires, or if the implementation of the small projects is implemented by means of several Small Project Funds, the Monitoring Committee may also set up several steering committees. In this case it must ensure that the respective competences of each of the steering committees for the purposes of selection of small-scale projects are clearly defined in terms of geographical, thematic or other criteria. The Managing Authority must be a member in the established steering committees (de jure).

(3) [Forms of grants]

Grants for small-scale projects may take different forms according to article 67 paragraph 1 of Regulation (EU) No. 1303/2013.

The payment of the grant shall be effected on the basis of the evidence of the actual implementation of the small-scale project provided that the grant is awarded on the basis of flat-rate financing with a maximum amount of EUR 100,000. Payment of the balance / of the remaining amount of a grant on the basis of flat-rate financing shall be effected after the closure of the small-scale project and depending on the state of implementation. Where the small-scale project has not been completely implemented, the amount of the payment of the flat-rate financing shall be determined in relation to the actual project implementation. The degree of the actual project implementation is determined by a fair, equitable and verifiable calculation method.

(4) [Eligibility of expenditure]

The same categories of expenditure as for projects implemented under the objective "European Territorial Cooperation" shall apply for small-scale projects.

[Staff costs]

By way of derogation from Article 19 of Regulation (EU) No 1299/2013], the staff costs of a small-scale project may be calculated in the form of a lump sum of up to 30% of the direct costs of the respective small-scale project (excluding staff costs). By derogation from [Article 67 (4) of Regulation (EU) No 1303/2013], this also applies in cases where the small-scale project is carried out exclusively through the award of public contracts for work and the provision of goods or services.

[General office and administrative costs]

The general office and administrative costs of a small-scale project may be calculated in the form of a lump sum up to 15 % of the total direct eligible personnel cost of the respective small-scale project. This provision shall apply by way of derogation from article 67 (4) of EU Regulation No. 1303/2013] also in cases where the small-scale project is carried out exclusively through the award of public contracts for work and the provision of goods or services. The Member State does not have to calculate the rate to be applied.

(5) [Operations generating net revenue after completion]

The provisions of Article 65 (8) (i) of Regulation (EU) No. 1303/2013 shall apply for small-scale projects funded by a Small Project Fund. According to this provision it is not necessary to reduce the eligible expenditure of an operation by the net revenue generated during implementation and not taken into account at the date of selection, in the final payment claim submitted by the beneficiary. This shall apply to each single small-scale project.

(6) [Reporting obligations / Indicators]

In order to meet the requirements of the provisions in Article 125 (3) (a) (i) of EU Regulation 1303/2013] it is no prerequisite that small-scale projects at the time of selection or after approval describe in which way they contribute in a quantitative manner to the achievement of the specific objectives and results of respective priority axis. Notwithstanding this, the Managing Authority shall make all necessary arrangements to enable the Monitoring Committee to assess the implementation of small-scale projects or the implementation of the Small Project Fund.

(7) [Audits on operations]

In accordance with the principle of proportionality small-scale projects shall be excluded from the samples to be implemented by the responsible audit authorities according to Article 127 (1) of EU Regulation No. 1303/2013], if the management verifications are audited in their entirety and in no part by samples only. This provision shall not apply for administrative costs for the implementation of the Small Project Fund (Technical Assistance).

(8) [Publicity / Information and communication measures]

All information and communication measures provided by the beneficiary shall acknowledge support for the small-scale project from European Funds to the operation by displaying the Union emblem in accordance with the technical characteristics laid down in the implementing act adopted by the Commission under [Article 115(4) of EU Regulation No. 1303/2013], together with a reference to the Union.

(9) [Exclusion of improper application]

Projects funded by an amount of up to EUR 100 000 but linked in substance, structure or financial terms to other EU-funded actions (sub-project) are not small-scale projects within the meaning of paragraph 1, unless they are distinctly preparatory measures or a pilot implementation of a major project. The provisions of paragraphs [2] to [8] are not applicable to such projects and projects.

## Sources:

### Regulations:

- REGULATION (EU) No 1299/2013 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 17 December 2013 on specific provisions for the support from the European Regional Development Fund to the European territorial cooperation goal
- REGULATION (EU) No 1303/2013 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 17 December 2013 laying down common provisions on the European Regional Development Fund, the European Social Fund, the Cohesion Fund, the European Agricultural Fund for Rural Development and the European Maritime and Fisheries Fund and laying down general provisions on the European Regional Development Fund, the European Social Fund, the Cohesion Fund and the European Maritime and Fisheries Fund and repealing Council Regulation (EC) No 1083/2006
- Regulation (EU) No 240/2014 — European code of conduct on partnership in the framework of the European Structural and Investment Funds
- Commission Delegated Regulation (EU) No 480/2014 of 3 March 2014 supplementing Regulation (EU) No 1303/2013 of the European Parliament and of the Council laying down common provisions on the European Regional Development Fund, the European Social Fund, the Cohesion Fund, the European Agricultural Fund for Rural Development and the European Maritime and Fisheries Fund and laying down general provisions on the European Regional Development Fund, the European Social Fund, the Cohesion Fund and the European Maritime and Fisheries Fund

### European Committee of the Regions (CoR):

- European Committee of the Regions, OPINION People-to-people and small-scale projects in cross-border cooperation programmes, COTER – VI/023 OPINION, 12 July 2017

### European Commission:

- European Commission, Directorate-General for Regional Policy and Urban Development, letter to the Managing Authorities: „Small project Fund implementation in 2014-2020 European Territorial Cooperation Programmes, Ares(216)1678137, 8 April 2016
- European Commission, Directorate-General for Regional Policy and Urban Development, internal document: „The specific investment priorities for European Territorial Cooperation (ETC) under Thematic Objective 11 institutional Capacity Building“

### Mission opérationnelle transfrontalière (MOT):

- Mission opérationnelle transfrontalière, « Les territoires transfrontaliers : La fabrique de l'Europe », novembre 2017, Paris

# Propositions de simplification pour le soutien aux microprojets / projets de rencontre / projets de rencontre citoyenne

26.02.2018

## I. Introduction

### Considérants

L'essence même de la coopération territoriale européenne (CTE) est de relier les États, les régions et les peuples (transfrontaliers) entre eux, et de contribuer de ce fait de manière décisive à l'intégration européenne. Les microprojets / projets de rencontre / projets de rencontre citoyenne (désignés ci-après par le terme « microprojets »), agissent particulièrement en ce sens et revêtent de ce fait une grande importance pour le développement des zones transfrontalières. Les candidats à ce type de projets sont en règle générale des acteurs de la société civile – agissant souvent à titre bénévole. Les microprojets qu'ils mettent en œuvre se caractérisent notamment par un faible volume financier et donc un faible montant de cofinancement européen (par ex. pour l'organisation d'une fête citoyenne).

Ainsi, leur présence dans les programmes CTE avec participation allemande depuis 2002, résulte de la volonté conjointe de la Commission européenne<sup>1</sup>, des Etats membres, des Régions<sup>2</sup> et des citoyens et citoyennes européen(ne)s de matérialiser l'esprit européen au travers de projets de petite envergure financière aux retombées humaines importantes, et d'agir de cette façon efficacement contre la montée de l'euroscpticisme.

Cette volonté conjointe tout comme le succès rencontré par le soutien aux microprojets par le passé (au total 478 microprojets programmés depuis 2002 grâce aux fonds européens des programmes Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (191) et Rhin Supérieur (287)) plaident en faveur de la reconduction du financement de ce type de projets.

Néanmoins, de plus en plus de voix se font entendre, aussi bien au niveau des partenaires régionaux des programmes que des bénéficiaires, pour constater que, au vue des exigences administratives sans cesse grandissantes, il n'est plus réaliste de financer les microprojets au travers de fonds issus de la CTE.

C'est pourquoi, une reconduction réussie du soutien aux microprojets ne peut se faire sans dresser le constat d'un besoin urgent de simplification, mais aussi de clarification du cadre réglementaire dans lequel ceux-ci doivent s'inscrire.

Face à ce constat et dans le contexte de la préparation du cadre financier pluriannuel et du cadre réglementaire pour les fonds européens structurels et d'investissement (FESI) post 2020, l'opportunité se présente de prendre en compte de manière anticipée les problèmes rencontrés par les acteurs chargés de la mise en œuvre des microprojets. Cela doit se faire, selon nous, dès le stade règlementaire, ce qui devrait permettre de clarifier autant que possible les points évoqués sous la partie II et ainsi pallier à tout risque de « gold plating ». Pour cette raison, des propositions de dispositions législatives adaptées aux exigences spécifiques des microprojets ont été élaborées dans le cadre d'un groupe de travail dédié, composé des professionnels de terrain chargés du conseil et de l'accompagnement des microprojets.

---

<sup>1</sup> Commission européenne, Direction générale de la politique régionale et urbaine, Courrier aux autorités de gestion : „Small project Fund implementation in 2014-2020 European Territorial Co-operation Programmes, Ares(216)1678137, 8 avril 2016

<sup>2</sup> Comité des régions, « Projets interpersonnels et projets à petite échelle dans le cadre des programmes de coopération transfrontalière », COTER – VI/023 OPINION, 12 juillet 2017

L'ensemble des clarifications nécessaires sont évoquées dans la partie II du présent document. Cette partie évoquant de manière exhaustive les problèmes rencontrés tout comme les solutions à mettre en œuvre que ce soit dans un règlement ou tout autre document à valeur juridique en découlant. La partie III constitue quant à elle une proposition de rédaction d'un article dédié aux microprojets, pouvant se retrouver dans le règlement CTE ou le règlement général.

Compte tenu des nombreuses références croisées des règlements, des règlements délégués et des règlements d'application mais aussi des documents en aval contenant des dispositions mettant en œuvre les programmes des Fonds ESI, et compte tenu du fait que le projet de cadre réglementaire pour une période de programmation post 2020 n'est pas encore connu, les propositions avancées dans la partie III peuvent encore être amenées à évoluer.

Le groupe de travail est composé de représentants des structures suivantes :

- INTERREG A Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (Allemagne-Autriche-Suisse-Liechtenstein)
- INTERREG A Rhin Supérieur (France-Allemagne-Suisse)
- Ministère d'État du Bade-Wurtemberg
- Ministère de l'Économie, des Transports, de l'Agriculture et de la Viticulture de Rhénanie-Palatinat
- Regierungspräsidium Freiburg
- Conseil départemental du Haut-Rhin
- Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
- Internationale Bodensee-Konferenz
- Hochrheinkommission
- Eurodistrict PAMINA
- INTERREG Netzwerkstelle Ostschweiz

## **II. Etat des lieux et changements requis**

### **Définition des microprojets et intégration dans les fonds ESI**

Les microprojets sont des projets qui renforcent les relations transfrontalières au niveau local et régional et qui améliorent la coopération dans tous les domaines de la vie. Ils se caractérisent par un faible volume de dépenses éligibles ne dépassant pas 100 000 EUR, ainsi qu'un faible financement par les fonds FEDER.

En principe, il est possible d'envisager des microprojets dans tous les axes prioritaires d'un Programme opérationnel (PO) CTE en tant que type de projet spécifique. Cela aurait pour but de permettre un accès facilité au cofinancement européen, élément particulièrement important pour la coopération entre les acteurs de la société civile, qui disposent souvent de ressources administratives et financières limitées.

A une période où la cohésion européenne - et, en particulier, l'implication des citoyens et citoyennes - a une signification très spéciale, cette définition large permet l'inscription des microprojets dans le cadre de la stratégie de l'Union européenne pour après 2020.

Si la logique de concentration thématique des fonds ESI, mise en place sous la période de programmation 2014-2020, devait être poursuivie voire approfondie, nous plaçons pour que les microprojets soient pris en compte dans ce cadre, au travers de la mise en place d'une catégorie d'intervention dédiée, du type « développement et promotion de la rencontre et de la coopération entre acteurs de la société civile d'un espace transfrontalier ».

### **Mise en œuvre de microprojets dans les programmes de coopération**

Les dispositions actuelles de la législation européenne permettent la mise en œuvre de microprojets principalement de deux manières :

- le financement indirect de microprojets au travers d'un fonds de microprojets<sup>3</sup> (ou « umbrella project ») recouvrant à la fois le financement des microprojets et les frais de gestion afférents, ceux-ci étant financés ici hors Assistance technique, ou
- le financement direct des microprojets dans le cadre du Programme concerné sans recours aucun à un fonds de microprojets.

Ces deux pratiques impliquent des approches réglementaires différentes mais souffrent toutes deux d'un manque d'outils adaptés, tantôt trop flous tantôt trop restrictifs, dans la législation actuelle. Cela a pour effet bien souvent de conduire les programmes concernés à mettre en place des procédures complexifiées afin de sécuriser leurs dispositifs. Cette sécurisation des dispositifs au regard des règlements se fait aux dépens de la simplification et donc des bénéficiaires des microprojets. Cela est particulièrement vrai pour la gestion de microprojets au travers d'un fonds.

Afin d'évacuer ces blocages, il est proposé de mettre en place dans le prochain cadre réglementaire :

- des dispositions législatives clarifiant le fonctionnement des fonds de microprojets et
- des dispositions législatives facilitant le financement direct de microprojets.

Cette approche permettant de laisser ouvert un maximum de modes de financements des microprojets.

---

<sup>3</sup> Commission européenne, Direction générale de la politique régionale et urbaine, document interne : „The specific investment priorities for European Territorial Cooperation (ETC) under Thematic Objective 11 institutional Capacity Building“

Dans le but de fournir une base fiable à tous ceux qui participent à la mise en œuvre de microprojets, cet ancrage règlementaire devrait :

- prendre la forme d'un article ou de dispositions dédiées dans le règlement CTE, ou dans le règlement général ;
- le cas échéant, être pris en compte dans tout autre document ayant valeur juridique (règlements délégués, annexes aux règlements) lorsque cela a un impact direct sur la sélection et la réalisation de microprojets.

### Sélection de microprojets

Le comité de suivi peut déléguer la sélection des microprojets à un ou plusieurs comité(s) de pilotage, agissant sous sa responsabilité (règlement (UE) n°1299/2013, article 12). Cela rendrait possible la mise en œuvre de procédures de soumission de candidature et de sélection plus courtes et l'instauration d'instances infrarégionales, ouvrant ainsi la possibilité aux bénéficiaires de microprojets d'emprunter des voies de sélection réduites par rapport à ce qui existe pour les projets classiques. En même temps, le cadre règlementaire ne définit pas la composition minimale de cette instance. De ce fait, la mise en place de dispositions clarifiant cela- en complément de ce qui est déjà défini dans le règlement délégué (UE) n° 240/2014 pour le comité de suivi et en prenant en compte les spécificités des microprojets - est souhaitable afin de garantir la transparence des instances de décision et l'absence de conflits d'intérêt, tout en respectant le principe de proportionnalité. Aussi, compte-tenu des faibles montants en jeu, la mise en place d'une instance de taille réduite devrait pouvoir être possible. L'autorité de gestion serait membre d'office de cette ou ces instances émanant du comité de suivi.

### Caractère novateur

Le caractère novateur d'un projet n'est pas directement imposé par les règlements mais provient d'une interprétation de ceux-ci notamment en relation avec le principe de complémentarité et les exigences de résultat de certains indicateurs-type. De plus, la volonté d'imposer aux projets et aux microprojets un caractère novateur provient de l'exigence de bonne gestion des deniers publics et de l'inscription des projets financés dans la durabilité. Face aux difficultés rencontrées dans l'évaluation de ce caractère, notamment pour des microprojets du type fêtes citoyennes ou tournois sportifs, il est souhaitable que ce critère soit dorénavant considéré comme secondaire dans l'analyse de l'éligibilité d'un microprojet ; autrement dit, que le respect de ce critère soit évalué de la façon la plus large possible.

### Formes de subvention et éligibilité des dépenses

Les options de coûts simplifiés proposés dans l'article 67 du règlement UE n° 1303/2013 sont trop peu mobilisées dans le cadre des microprojets en raison des incertitudes planant sur le niveau de justificatifs requis pour le versement de la subvention ainsi que le degré de modulation de la subvention pouvant être appliqué lorsqu'une réalisation n'est que partielle. Des clarifications en ce sens permettraient une plus grande utilisation du montant forfaitaire ou des taux forfaitaires, réduisant ainsi drastiquement la charge administrative des bénéficiaires tout en leur garantissant un niveau de sécurité juridique suffisant.

Dans le cas de microprojets gérés via un fonds de microprojet, il n'est pas clair si le terme „opération“ se limite au fonds de microprojet (« umbrella project »), ou s'il est à appliquer sur chacun des microprojets de manière individuelle. Une clarification à cet endroit irait également dans le sens d'une plus grande sécurisation juridique.



## Système informatisé de gestion

Pour les microprojets financés directement dans le cadre d'un Programme opérationnel, la saisie des données relatives à chaque opération dans le système informatisé de gestion est actuellement une obligation réglementaire mentionnée à l'article 125-2 d) du règlement général. Or la saisie de l'intégralité des champs de données requis par l'annexe III du règlement délégué (UE) n° 480/2014 représente pour les microprojets une charge disproportionnée. De même, dans le cas d'un financement indirect, passant par un fonds de microprojets, le niveau de saisie de données requis dans le système n'est pas clairement établi.

Il est donc indispensable d'adapter ces exigences pour permettre un niveau de saisie le plus agrégé possible, idéalement se limitant à un montant de dépenses présentées par bénéficiaire de microprojet et demande de paiement.

Cette adaptation pourrait passer par un ajustement de l'annexe listant les champs de données au cas particulier des microprojets, sur un mode semblable à ce qui a été fait jusqu'à présent avec la mention « Indication des Fonds pour lesquels les données ne sont pas requises ».

## Indicateurs

Les microprojets sont des opérations à forte valeur ajoutée pour les participants et plus particulièrement les citoyens et citoyennes concernés. Cependant, la mesure de cette valeur ajoutée demeure compliquée à quantifier et s'avère être un véritable problème lorsqu'elle est rattachée à des obligations de résultats. Il est donc fortement souhaité que les microprojets puissent déroger à ces obligations de résultats chiffrés, notamment en termes de contribution aux indicateurs de résultat. Une telle dérogation n'exclurait pas la possibilité de mettre en place une évaluation qualitative et quantitative au niveau du programme, ce qui permettrait de tenir compte de la réalité très spécifique de chaque microprojet.

## Audit d'opération

Conformément à l'article 127-1 du règlement (UE) n° 1303/2013, l'autorité d'audit est tenue d'effectuer des contrôles sur « un échantillon approprié d'opérations ». Cet échantillon est défini par l'autorité d'audit dans les limites fixées par le règlement délégué (UE) n° 480/2014.

Si l'article 148 du règlement (UE) n° 1303/2013 permet de limiter ce type d'audit ainsi que ceux de la Commission en érigeant le principe d'un contrôle unique par l'une de ces deux autorités pour les opérations dont le montant FEDER n'excède pas 200 000,00 €, il n'en demeure pas moins que dans ce cas de figure, les microprojets restent soumis potentiellement à deux contrôles successifs à savoir les vérifications administratives, puis éventuellement le contrôle de l'autorité d'audit ou de la Commission.

Or, au vu des montants en jeu et du caractère généralement exhaustif des vérifications administratives, le risque d'irrégularités est faible. De ce fait, la potentialité d'un double-contrôle apparaît comme une charge administrative lourde et constitue un frein sérieux pour les bénéficiaires potentiels à l'engagement dans des microprojets.

De plus, dans le cas d'un financement dans le cadre d'un ou plusieurs fonds de microprojets (ou « umbrella projects »), et pour des programmes opérationnels ayant recours à une méthode d'échantillonnage non-statistique, le nombre d'audits à mener risque d'être démultiplié si le fonds de microprojets est retenu dans l'échantillon. En effet, cela peut mener soit au contrôle de l'ensemble des microprojets du fonds, soit au sous-échantillonnage du fonds avec, le cas échéant, une extrapolation des irrégularités constatées à l'ensemble des microprojets du fonds.

## Règlementation en matière de publicité et obligations de communication

Certaines des règles de publicité détaillées (règlement (UE) n° 1303/2013, annexe XII 2.2 «obligations des bénéficiaires») sont disproportionnées par rapport au niveau de soutien financier apporté aux microprojets. Dans certains cas, en raison de la forme que prend le microprojet, elles ne peuvent être mises en œuvre comme il se doit par les bénéficiaires. D'un autre côté, la vérification du respect de ces règles crée une charge de contrôle disproportionnée au niveau du programme. Des exigences réduites (par exemple une indication simplifiée du financement de l'UE) peuvent soulager les bénéficiaires de microprojets tout comme les gestionnaires de programme.

## Exclusion des usages abusifs

Les dispositions réglementaires citées dans la partie III du présent document sont uniquement applicables aux microprojets. La fragmentation de projets plus importants en plusieurs microprojets ou mesures répondant aux exigences des microprojets n'est pas permise. Ces dispositions réglementaires ne doivent pas non plus s'appliquer aux mesures liées, en termes de contenu, de structure ou de financement, à d'autres projets financés par l'Union européenne (par exemple sous-projets ou actions individuelles d'un grand projet financé par l'UE), à l'exception des mesures ou projets pilotes mis en œuvre clairement en vue de la préparation d'un plus grand projet. Dans le cadre du système de gestion et de contrôle, des mesures appropriées doivent être prises pour faire en sorte qu'une telle ligne de conduite ou la tentative correspondante de contourner cette exigence, soit révélée.

Afin de garantir que les risques liés à la bonne exécution des programmes opérationnels qui ont fait le choix de mettre en œuvre des microprojets restent dans des limites acceptables, la partie des ressources FEDER affectée au financement de microprojets peut être limitée.

### **III. Proposition de règlement**

Nouvel article dans le règlement CTE (ou le règlement général)

Art. [xxx]      Microprojets

(1)      [Définitions, financement des frais de gestion administrative dans le cadre de fonds de microprojets]

Les opérations relevant de la catégorie d'intervention [xxx], avec un coût total éligible pouvant atteindre 100 000 EUR, sont des microprojets. Pour les microprojets, les dispositions spécifiques énoncées aux paragraphes 2 à 9 s'appliquent.

Les microprojets peuvent être mis en œuvre sous la forme d'opérations individuelles ou via un fonds de microprojets. Dans ce dernier cas, le fonds de microprojets est une opération au sens de l'article [xxx] du règlement [xxx].

Lorsque la mise en œuvre se fait via un fonds de microprojets, les coûts administratifs relatifs au fonds, dont notamment les frais en lien avec l'aide au montage, la sélection, le suivi et la clôture des microprojets, peuvent être cofinancés par une part de la subvention allouée à l'opération. Néanmoins, un minimum de [xx]% de la subvention allouée au fonds de microprojets doit être utilisé pour le financement des microprojets.

(2)      [Sélection de microprojets]

Le comité de suivi peut constituer un comité de pilotage qui agit sous sa responsabilité pour la sélection des microprojets. Le comité de pilotage relève du comité de suivi. Les dispositions [de l'article 110, paragraphe 2, point a) et de l'article 125, paragraphe 3, point a) ii) et iii), du règlement (UE) n° 1303/2013] s'appliquent également à la sélection de microprojets. Le comité de pilotage rend compte régulièrement au comité de suivi des demandes qui lui ont été soumises et des microprojets sélectionnés pour financement.

Si le périmètre du programme l'exige, ou si la mise en œuvre des microprojets se fait à travers plusieurs fonds de microprojets, le comité de suivi peut également mettre en place plusieurs comités de pilotage. Dans ce cas, il veille à ce que la répartition des compétences attribuées aux comités de pilotage pour la sélection des microprojets se fasse expressément en lien avec des critères géographiques, thématiques ou autres. L'autorité de gestion est membre de droit des comités de pilotage mis en place.

(3)      [Formes de subvention]

Les subventions aux microprojets peuvent être accordées sous différentes formes, conformément à [l'article 67, paragraphe 1, du règlement (UE) n° 1303/2013].

Dans le cas où la subvention est accordée sur la base d'un montant forfaitaire ne dépassant pas 100 000 EUR, le versement se fait sur la base de la preuve de l'effectivité de la réalisation du microprojet. Le montant forfaitaire est versé à l'issue de la réalisation du microprojet et après vérification du degré de réalisation de celui-ci. Lorsqu'il s'avère que le microprojet n'a pas été réalisé dans son intégralité, le montant forfaitaire est alloué sur une base proportionnelle aux réalisations effectivement constatées. Les modalités d'évaluation de l'effectivité des réalisations sont déterminées sur la base d'une méthode de calcul juste, équitable et vérifiable.

(4) [Eligibilité]

Les catégories de dépenses des microprojets sont les mêmes que pour l'ensemble des projets de coopération territoriale européenne.

[Frais de personnel]

Par dérogation à [l'article 19 du règlement (UE) n° 1299/2013], les frais de personnel d'un microprojet peuvent être calculés à un taux forfaitaire allant jusqu'à 30% des coûts directs autres que les frais de personnel du microprojet concerné. Par dérogation à [l'article 67, paragraphe 4, du règlement (UE) n° 1303/2013], cela s'applique également dans les cas où le microprojet est mis en œuvre uniquement dans le cadre de marchés publics de travaux, de biens ou de services.

[Frais de bureau et frais administratifs]

Les frais de bureau et frais administratifs d'un microprojet peuvent être calculés à un taux forfaitaire allant jusqu'à 15% des frais de personnel directs éligibles de ce microprojet. Par dérogation à [l'article 67, paragraphe 4, du règlement (UE) n° 1303/2013], cela s'applique également dans les cas où le microprojet est mis en œuvre uniquement dans le cadre de marchés publics de travaux, de biens ou de services. L'Etat membre n'est pas tenu d'exécuter une méthode de calcul pour déterminer le taux applicable.

(5) [Génération de recettes nettes]

Dans le cas d'un soutien apporté à des microprojets relevant d'un fonds, les dispositions de [l'article 65, paragraphe 8, point i), du règlement (UE) n° 1303/2013] selon lesquelles, au plus tard lors de la demande de paiement final introduite par le bénéficiaire, il n'est pas nécessaire de diminuer les dépenses éligibles des recettes nettes générées au cours de la mise en œuvre, s'appliquent à chacun des microprojets individuellement.

(6) [Obligations de déclaration / indicateurs ]

Afin de se conformer aux exigences de [l'article 125, paragraphe 3, point a) i), du règlement (UE) n° 1303/2013], il n'est pas nécessaire que les microprojets, au moment de leur sélection ou après celle-ci, démontrent de manière quantitative leur contribution à l'atteinte des objectifs spécifiques et des résultats des priorités correspondantes. Néanmoins, l'autorité de gestion prend des mesures pour permettre au comité de suivi d'examiner la mise en œuvre des microprojets ou des fonds de microprojets.

(7) [Audit d'opérations]

En vertu du principe d'économie et de proportionnalité, les microprojets sont exclus de l'échantillon de l'audit des opérations effectué par l'autorité d'audit de l'Etat membre tel que visé à l'article [127, paragraphe 1, du règlement (UE) n° 1303/2013] à la condition que les vérifications administratives soient réalisées de façon exhaustive et non pas sur la base d'un échantillon. Cette exclusion ne concerne pas les frais de gestion des fonds de microprojets.

(8) [Règlementation en matière de publicité et obligations de communication]

Pour toutes les actions d'information et de communication du bénéficiaire, la référence au soutien apporté par les fonds de l'Union européenne aux microprojets est faite en utilisant le logo de l'Union, en conformité avec les caractéristiques techniques définies dans l'acte d'exécution adopté

par la Commission conformément à [l'article 115, paragraphe 4 du règlement (UE) n° 1303/2013], et par une mention expresse de l'Union européenne.

(9) [Exclusion des usages abusifs]

Les projets soutenus jusqu'à concurrence de 100 000 EUR mais dont le contenu, la structure ou le financement sont liés à d'autres actions financées par l'Union européenne (sous-projet), à l'exception des mesures ou projets pilotes mis en œuvre clairement en vue de la préparation d'un plus grand projet, ne sont pas des microprojets au sens du paragraphe 1. Les dispositions des paragraphes [2] à [8] ne sont pas applicables à ces projets.

Sources :

Règlements :

- Règlement (EU) n° 1299/2013 du Parlement européen et du Conseil du 17 décembre 2013 portant dispositions particulières relatives à la contribution du Fonds européen de développement régional à l'objectif "Coopération territoriale européenne"
- Règlement (EU) n° 1303/2013 du Parlement européen et du Conseil du 17 décembre 2013 portant dispositions communes relatives au Fonds européen de développement régional, au Fonds social européen, au Fonds de cohésion, au Fonds européen agricole pour le développement rural et au Fonds européen pour les affaires maritimes et la pêche, portant dispositions générales applicables au Fonds européen de développement régional, au Fonds social européen, au Fonds de cohésion et au Fonds européen pour les affaires maritimes et la pêche, et abrogeant le règlement (CE) n° 1083/2006 du Conseil
- Règlement délégué (EU) n° 240/2014 de la Commission du 7 janvier 2014 relatif au code de conduite européen sur le partenariat dans le cadre des Fonds structurels et d'investissement européens
- Règlement délégué (EU) n° 480/2014 de la Commission du 3 mars 2014 complétant le règlement (UE) n° 1303/2013 du Parlement européen et du Conseil portant dispositions communes relatives au Fonds européen de développement régional, au Fonds social européen, au Fonds de cohésion, au Fonds européen agricole pour le développement rural et au Fonds européen pour les affaires maritimes et la pêche, portant dispositions générales applicables au Fonds européen de développement régional, au Fonds social européen, au Fonds de cohésion et au Fonds européen pour les affaires maritimes et la pêche

Comité des régions :

- Comité des régions, « Projets interpersonnels et projets à petite échelle dans le cadre des programmes de coopération transfrontalière », COTER – VI/023 OPINION, 12 juillet 2017

Commission européenne :

- Commission européenne, Direction générale de la politique régionale et urbaine, Courrier aux autorités de gestion : „Small project Fund implementation in 2014-2020 European Territorial Co-operation Programmes, Ares(216)1678137, 8 avril 2016
- Commission européenne, Direction générale de la politique régionale et urbaine, document interne : „The specific investment priorities for European Territorial Cooperation (ETC) under Thematic Objective 11 institutional Capacity Building“

Mission opérationnelle transfrontalière:

- Mission opérationnelle transfrontalière, « Les territoires transfrontaliers : La fabrique de l'Europe », novembre 2017, Paris